



# Situation bleibt angespannt

**Drei Milliarden Euro fließen im kommenden Jahr in NRW in den Polizeihaushalt. Keine kleine Summe für ein Bundesland. Trotzdem bleibt die Situation der Polizei angespannt: Denn wenn es nach dem Haushaltsentwurf von CDU und FDP geht, wird die Zahl der Polizisten in NRW 2010 erneut sinken, um 168 Polizeibeamte. Und um weitere 183 Tarifbeschäftigte. Trotz Verdopplung der Einstellungszahlen unter Schwarz-Gelb.**

45 172 Stellen weist der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr für die Polizei in NRW aus. 39 593 davon für Polizeibeamtinnen und -beamte, 5579 für Tarifbeschäftigte. 2005, im letzten noch von Rot-Grün auf den Weg gebrachten Haushalt, hatte die Polizei 45 428 Stellen und damit knapp 300 mehr als im kommenden Jahr, am Ende der ersten von Schwarz-Gelb verantworteten Legislaturperiode. Und das trotz Verdopplung der Einstellungszahlen im vergangenen Jahr.

Noch gravierender fällt der Vergleich aus, wenn man einen Statistiktrick herausrechnet: Durch das am 1. April 2009 in Kraft getretene Beamtenstatusgesetz des Bundes hat die Polizei in NRW im vergangenen Jahr auf einen Schlag 1157 Planstellen mehr bekommen. Allerdings nur auf dem Papier, nicht im wirklichen Leben. Denn seit diesem Zeitpunkt fallen auch die sogenannten z. A.-Stellen, die Berufsanfänger bei der Polizei, unter die statistisch erfassten Planstellen. Über Nacht ist NRW sozusagen um 1157 Polizeibeamte reicher geworden, auch wenn auf Nordrhein-Westfalens Straßen nie ein Polizist davon angekommen ist. Die Zahl der tatsächlichen Planstellen in den Polizeibehörden liegt deshalb um mehr als 1000 Stellen niedriger, als das der Haushaltsplan vermuten lässt: bei lediglich 38 603 Stellen in diesem Jahr.

Hinzu kommt, dass nicht jeder Polizeibeamte, der auf einer Planstelle in NRW geführt wird, auch in NRW Dienst macht. Denn in den landesweit 45 000 Planstellen für die Polizei sind nicht nur die 7800 Dau-

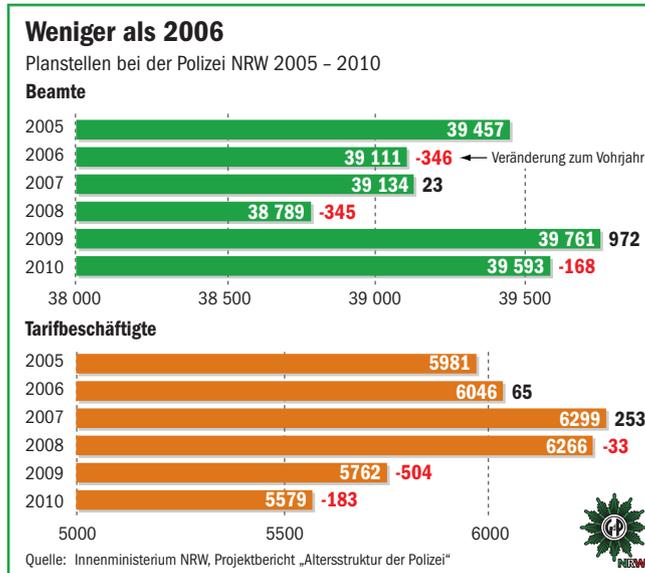
erkrankten enthalten, die gesundheitsbedingt im Jahr sechs Wochen oder länger ausfallen und deshalb für den Dienst nicht zur Verfügung stehen, sondern zum Beispiel auch die von NRW ins Ausland entsandten Polizisten. Selbst dann, wenn sie in Afghanistan Dienst tun.

amate Dienst machen. Und an dieser Situation wird sich in den kommenden Jahren wenig ändern. Sie wird sich im Gegenteil weiter zuspitzen: Ab 2014 übersteigt der Nachbesetzungsbedarf, der durch die altersbedingt ausscheidenden Beamtinnen und Beamten entsteht, die Zahl der in NRW ausgebildeten Polizisten, die in die frei werdenden Stellen nachrücken können. Die Erhöhung der Einstellungszahlen unter Schwarz-Gelb von 500 auf 1100 Kommissaranwärterinnen und -anwärter hat diese Kluft nur verkleinert, nicht aber beseitigt (Grafik Seite 2).

Die GdP fordert deshalb, dass die Zahl der Neueinstellungen auf 1500 Polizeibeamte heraufgesetzt wird. Und dass der Abbau der Stellen im Tarifbereich unverzüglich beendet wird. Denn deren Aufgaben sind ja nicht plötzlich weg, nur weil das Land Stellen im Tarifbereich abbaut, sondern die Arbeit muss dann von Anderen erledigt werden. Entweder von privaten Dienstleistern, und das wird für den Steuerzahler teurer, wie die GdP am Beispiel der Küchen und der Kfz-Werkstätten nachgewiesen hat, oder durch Polizeibeamte, die für diese Arbeit nicht nur überqualifiziert sind, sondern die dann auch auf der Straße fehlen.

In der Stellungnahme zum Landeshaushalt 2010 hat die GdP zudem eine Reihe von Detailpunkten kritisiert: Die fehlende bzw. zu geringe Zulage bei den Einsatzhundertschaften und den Spezialeinheiten und die zu geringe Zahl an Polizeibeamten, die auf die Übernahme von Führungsfunktionen im höheren Dienst vorbereitet werden. Für dringend erforderlich

hält die GdP zudem die Fortführung der noch bestehenden polizeieigenen Kfz-Werkstätten und Küchen und die Entwicklung eines landesweiten Fortbildungssystems für die Verwaltungskräfte. Mit Blick



**Trotz der Verdopplung der Neueinstellungen im vergangenen Jahr hat die Polizei in NRW heute weniger Personal zur Verfügung, als beim Amtsantritt der CDU/FDP-Koalition. Verantwortlich dafür ist vor allem der dramatische Stellenabbau bei den Tarifbeschäftigten. Deren Tätigkeit muss jetzt zum Teil von Beamten übernommen werden. Der hohe Krankenstand bei der Polizei und zusätzliche sachfremde Aufgaben, wie die Entsendung von nordrhein-westfälischen Polizisten ins Ausland, reduzieren die Zahl der Beamten, die tatsächlich für die Arbeit in den Polizeiwachen zur Verfügung stehen, zusätzlich.**

Die wachsende Kluft zwischen den im Haushalt ausgewiesenen und den tatsächlich für den aktiven Dienst zur Verfügung stehenden Polizisten – das ist der eigentliche Grund, warum die Bürger in immer mehr Städten und Kreisen die Erfahrung machen, dass bei ihnen weniger Polizeibe-



## Die Zeit nutzen



Machen wir uns nichts vor: Noch läuft die Schonfrist, noch liegen nicht alle Grausamkeiten auf dem Tisch, trotz des Endes der Koalitionsverhandlungen. Denn zuerst muss in NRW noch der Landtag gewählt werden. Aber dass wir es am Ende sein werden, die die Milliarden finanzieren sollen, die Finanzspekulanten weltweit verbrannt haben, steht bereits fest. Und die Polizisten wird es doppelt treffen. Wir sollen – so ist zu befürchten – nicht nur mit neuen Gehalts-einbußen für die Verluste der Banker geradestehen, sondern auch mit einem weiteren Personalabbau.

Sicher, man kann einwenden, dass Schwarz-Gelb Wort gehalten hat. Dass Rüttgers nicht nur an der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei festhält, sondern auch am Konzept 1100. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass der Spielraum des Landes in den kommenden Jahren dramatisch eng wird. Nicht nur wegen der Bankenkrise, sondern auch durch die vom Bundestag beschlossene Schuldenbremse.

Die GdP neigt nicht zum Jammern. Auch nicht in schwierigen Zeiten. Aber wir sollten offenen Auges in die auf uns zukommenden Auseinandersetzungen gehen. Wir haben gute Argumente, warum eine weitere Erhöhung der Einstellungszahlen überfällig ist. Und warum die Beschäftigten bei der Polizei nicht erneut von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden dürfen. Aber wir werden unsere Argumente weiter schärfen müssen. Und wir müssen die Zeit vor den Wahlen nutzen, um unsere Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Nicht nur auf Landesebene, sondern auch vor Ort. Da, wo das reale Leben stattfindet. Wenn wir das tun, sind wir gut aufgestellt. Dann gehen wir aus einer starken Position heraus in die öffentliche Debatte um die Verteilung knapper werdender Ressourcen.

Frank Richter

Fortsetzung von Seite 1

auf den Bewährungsaufstieg in den höheren Dienst macht die GdP in ihrer allen Landtagsabgeordneten vorliegenden Stellungnahme zum Haushaltsplan 2010 darauf aufmerksam, dass in den kommenden 15 Jahren drei Viertel aller Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes pensioniert werden. Weil bei den Polizeibeamten des gehobenen Dienstes, die in diese Funktionen nachrücken sollen, die dazu erforderliche Förderphase und das Masterstudium an der Deutschen Hochschule vier Jahre dauern, müssen spätestens ab 2011 jedes Jahr zwischen 30 und 50 Laufbahnbewerber in das Programm aufgenommen werden, statt der bislang üblichen acht bis zehn Laufbahnbewerber. Geschieht das nicht, hat die Polizei in nur wenigen Jahren ein massives Führungsproblem. Leitungsfunktionen könnten nicht mehr besetzt werden. Auch im Tarifbereich der Po-

lizei muss deutlich mehr passieren. Die GdP fordert nicht nur das Ende des dortigen Stellenabbaus, sondern auch die Übernahme aller bei der Polizei ausgebildeten jungen Beschäftigten in ein festes Arbeitsverhältnis. Die Übernahme der Auszubildenden dürfe nicht davon abhängig sein, ob die jeweilige Ausbildungsbehörde zum Zeitpunkt der Beendigung des Ausbildungsverhältnisses zufällig über ein freies Budget verfügt oder nicht.

### Sprunghaft steigender Einstellungsbedarf



Seit dem vergangenen Jahr bildet das Land 1100 statt 500 Polizeianwärterinnen und -anwärter aus. Die Verdopplung der Einstellungszahlen reicht jedoch nicht aus, um alle in den kommenden Jahren altersbedingt frei werdenden Stellen wieder besetzen zu können. 2011, wenn nach Ende des dreijährigen Bachelor-Studiums die ersten Anwärterinnen und Anwärter in den aktiven Polizeidienst kommen, liegt der Nachbesetzungsbedarf bereits bei 700 Polizisten. Bis 2020 steigt die Zahl der jedes Jahr frei werdenden Stellen auf 2000 Polizeibeamte an.

Die Aufhebung des Beförderungstatus im Bereich A 14 und A 15, die dringend notwendige Zulassung von mehr erfahrenen Polizeibeamten für den Bewährungsaufstieg in den höheren Dienst und die GdP-Forderung nach einer generellen Anhebung des Stellenanteils des höheren Dienstes von 1,4 auf 2 Prozent aller Stellen bei der Polizei waren die zentralen Themen der Führungskräftetagung der GdP für Polizeibeamte mit A 13- und A 14-Funktionen Ende September in Sprockhövel. Auf der traditionell jedes Jahr im Herbst stattfindenden Tagung haben GdP-Landesvorsitzender Frank

Richter und Vorstandsmitglied Adi Plickert noch einmal im Detail dargelegt, warum auch im höheren Dienst ein Personalentwicklungskonzept für die Polizei überfällig ist. Den Vorträgen und Referaten schlossen sich intensive Debatten unter den mehr als 60 in Sprockhövel versammelten Führungskräften der Polizei und des Innenministeriums an.



# „Größtmögliche Verfügbarkeit“ nur bei mehrtägigen Großeinsätzen

**Auf dem Seminar für Führungskräfte der Bereitschaftspolizei Ende September in Witten hat die GdP einen Vorschlag zur Lösung des seit Langem schwelenden Streits um die Ausrufung der „größtmöglichen Verfügbarkeit“ der Bereitschaftspolizei präsentiert. Erste Signale aus dem Innenministerium deuten darauf hin, dass der GdP-Vorschlag Realität werden könnte.**

Fünf Kriterien sind nach Meinung des Landesfachausschusses Bereitschaftspolizei und der Führungskräfte der nordrhein-westfälischen Bereitschaftspolizei, die an dem Seminar teilgenommen haben, entscheidend für die Frage, wann die „größtmögliche Verfügbarkeit“ angeordnet werden kann, und wann nicht:

## 1. Stichtagsregelung

Die Ausrufung der „größtmöglichen Verfügbarkeit“ muss einen zeitlichen Vorlauf haben. Aus Sicht des Landesfachausschusses Bereitschaftspolizei sollte ein Stichtag festgesetzt werden, bis zu dem die „größtmögliche Verfügbarkeit“ für vorhersehbare Einsatze noch angeordnet werden kann. Dieser sollte spätestens auf den 15. November des laufenden Jahres für das jeweils folgende Jahr festgelegt werden. Bei einem noch späteren Zeitpunkt würde die Anordnung keinen Sinn mehr machen, weil dann bereits die grobe Urlaubsplanung in den Behörden abgeschlossen ist. Werden größere Einsatzlagen nach der genehmigten Urlaubsplanung bekannt, kann zudem auf die Anordnung verzichtet werden, weil in diesem Fall alle Nichturlauber eingesetzt werden können.

## 2. Begrenzung der Einsatzart

Die „größtmögliche Verfügbarkeit“ sollte nur bei mehrtägigen Großeinsätzen angeordnet werden. Für kürzere Einsatze macht die Nutzung dieses Instruments aus Sicht der GdP keinen Sinn.

## 3. Maximal zulässiger Zeitrahmen

Die Gesamtzeit innerhalb eines Jahres, in der die „größtmögliche Verfügbar-

keit“ veranlasst werden kann, sollte zwei Wochen nicht überschreiten.

## 4. Umfang der zu stellenden Kräfte

Aus Sicht des Landesfachausschusses der GdP muss bei der Anordnung der „größtmöglichen Verfügbarkeit“ sowohl den herausragenden Einsatzlagen als auch der aktuellen Belastung der Bereitschaftspolizei Rechnung getragen werden. Normales Dienstfrei und das so genannte Erlassfrei können bereits heute an Wochenenden (insbesondere Samstag) kaum noch gewährt werden. Aus diesem Grund stellt das Instrument der „größtmöglichen Verfügbarkeit“ eine weitere erhebliche Einschränkung der individuellen Lebensplanung der Angehörigen der Bereitschaftspolizei dar, weil zu diesen Zeiten dienstfrei und Urlaub kaum gewährt wird. Die zusätzliche Belastung führt in den Hundertschaften bereits jetzt zu massiver Unzufriedenheit und Demotivation, wie sie in jüngster Zeit insbesondere von jungen Gruppenbeamtinnen und -beamten massiv geäußert wurde.

Nimmt man beide Aspekte (Einsatzanlass und Belastung der Einsatzkräfte) in den Fokus, erscheinen aus Sicht der GdP folgende Regelungen sinnvoll: Bei Anordnung der größtmöglichen Verfügbarkeit bis zum Stichtag (15. 11. des laufenden Jahres für das Folgejahr) sollten die Stärkezahl je Hundertschaft um bis zu einem Zug und eine Gruppe reduziert werden können.

GdP-Vorstandsmitglied Kai Plickert erklärte hierzu auf dem Führungskräfte-seminar: „Wir sollten aufhören, Wortspiele um einzelne Stärkezahlen der Einsatzhundertschaften (100 – 110 – 115) zu betreiben. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die bisher gewählten Strategien nicht zielführend sind, weil die Kriterien in den einzelnen Hundertschaften völlig unterschiedlich ausgelegt worden sind.“

Der jetzt von der GdP vorgelegte Vorschlag wurde von allen beim Seminar anwesenden Führungskräften der Bereitschaftspolizei unterstützt. Eine Umsetzung dieser Regelung würde nicht nur auf Zustimmung innerhalb der Bereitschaftspolizei stoßen, sondern auch zu einer gleichen Auslegung und Anwendung der Regeln an allen Standorten. Zudem würde die Regelung der extremen Einsatzbelastung der Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei Rechnung getragen.

Nach dem Führungskräfte-seminar aufgenommene Gespräche der GdP mit dem Einsatzreferat des Innenministeriums verliefen in einer konstruktiven Atmosphäre. Erste positive Tendenzen sind erkennbar.

## Handbuch günstiger

Der Verlag Neue Deutsche Schule (NDS) druckt Ende November die 16. Auflage des „Handbuchs für Beamte NRW“. Für GdP-Kreisgruppen, die das Handbuch bis zum 20. November als Sammelbestellungen direkt beim Verlag anfordern, reduziert sich der Verkaufspreis auf 20,00 Euro je Exemplar. Der günstige Subskriptionspreis gilt allerdings nur für Sammelbestellungen, die bis zum 20. November beim Verlag eingehen.

Einzelbestellungen mit Nachweis der GdP-Mitgliedschaft kosten inkl. Porto und Verpackung 24,80 Euro. Für alle anderen ist das Standardwerk im Buchhandel für 32,80 Euro erhältlich.

Anzeige

**Rechtsanwalt Willy Burgmer**  
Kriminaldirektor a. D.

[www.polizei-anwalt.de](http://www.polizei-anwalt.de)

Strafverteidiger Disz.R BeamtenR  
DienstR Beurteilung Versorgung





**Landesvorsitzender Frank Richter hat auf dem Verkehrsforum der GdP Anfang Oktober in Düsseldorf ein generelles Überholverbot von LKW auf zweispurigen Autobahnen gefordert. „LKWs sind in jeden fünften Unfall auf der Autobahn verwickelt“, erklärte Richter auf dem Forum. Um Auffahrunfälle durch langsam fahrende LKW zu vermeiden, müssten zudem LKWs, die im beladenen Zustand nicht 80 km/h schnell fahren können, von den Autobahnen verbannt werden. Zudem hält die GdP den Einbau von Abstandswarn-, Notbrems- und Spurhaltesystemen in alle LKWs für notwendig. Auf dem eintägigen Verkehrsforum hatten knapp einhundert Verkehrsexperten von Polizeibehörden aus ganz NRW, Verantwortliche des Innenministeriums und Verkehrswissenschaftler über konkrete Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Verkehrssicherheit diskutiert. Unter den Referenten des Forums waren auch der Kölner Verkehrspsychologe Prof. Dr. Egon Stephan und der Verkehrsreferent des nordrhein-westfälischen Innenministeriums, Wolfgang Blindenbacher (Foto).**

## Ohne Blaulicht

Die Ordnungsämter der Kommunen müssen in Zukunft ohne Blaulicht und Martinshorn auskommen, wenn sie zu Einsätzen unterwegs sind. Das hat das Oberverwaltungsgericht des Landes NRW in einem von der Stadt Wuppertal angestregten Musterverfahren festgestellt (Aktenzeichen 8 A 1531/09).

In ihrer Entscheidung haben die Richter darauf hingewiesen, dass die Ordnungsämter der Kommunen zwar Aufgaben der Gefahrenabwehr wahrnehmen würden, sie seien aber keine „Polizei“ im Sinne der Straßenverkehrsordnung. Zudem müsse die Zahl der mit Martinshorn und Blaulicht ausgerüsteten Fahrzeuge „möglichst gering bleiben, um die mit dem Blaulichtgebrauch einhergehende erhöhte Unfallgefahr gering zu halten“. Der Bedarf an Blaulichtfahrzeugen sei bereits durch die Polizei gedeckt. Ähnlich hatte auch die Bezirksregierung Düsseldorf argumentiert, die der Stadt Wuppertal die Nachrüstung ihrer Fahrzeuge mit Blaulicht und Martinshorn untersagt hatte.

## Schlecht – schlechter – Engel

Anfang September hat die Fraktion von Bündnis 90/Grüne erneut den hohen Krankenstand und das fehlende Gesundheitsmanagement bei der Polizei zum Thema des Landtages gemacht. An der Debatte am 10. September hat sich auch der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Horst Engel, beteiligt. Die Deutsche Polizei dokumentiert Auszüge aus dem Beitrag von Engel, der vor seiner Tätigkeit als Abgeordneter Polizeikommissar war.

Zur Frage, ob sich der hohe Krankenstand bei der Polizei durch mehr Sportangebote für Polizisten verhindern ließe, erklärte Engel: **„Eine Ursache sind Sportverletzungen. Das Bemühen, sich durch Sport körperlich fit zu halten, birgt wiederum gerade Verletzungsgefahren und kann ins Gegenteil verkehrt werden. Trotzdem wird Sport in der Polizei gefördert.“**

Anmerkung der GdP: Das ist genau die falsche Botschaft. Sport ist kein zusätzlicher Risikofaktor, sondern im Gegenteil ein wichtiger Baustein in einem gut funktionierenden Gesundheitsma-

nagement. Hierbei stehen insbesondere Präventionssport und ein verbesserter Dienstunfallschutz im Vordergrund. Ziel muss es sein, dass diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die sich bis heute wenig oder gar nicht sportlich betätigen, langsam und kontinuierlich an den Sport herangeführt und dafür begeistert werden.

Zur Frage, wie der hohe Krankenstand der Polizei verringert werden kann, erklärte Engel: **„Man verhindert Verletzungen und Erkrankungen durch eine gute Ausstattung der Polizei, durch das Bemühen, die Motivation und Zufriedenheit der Beamten zu erhalten, damit Krankfeiern die Ausnahme bleibt. Wir haben in dieser Hinsicht viel getan; das wissen Sie selbst.“**

Anmerkung der GdP: Uns stellt sich die Frage, welches Bemühen der Landesregierung gemeint sein soll? Uns ist sehr wohl bewusst (es wird ja von den Koalitionsparteien in fast jeder politischen Rede, egal zu welchem Thema, betont) dass die Landesregierung die Einstellungszahlen verdoppelt und weitere kW-Vermerke gestrichen hat. Zur

ganzen Wahrheit gehört aber auch die Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit, die Gehaltsabkoppelungen der letzten Jahre sowie das gestrichene bzw. gekürzte Weihnachts- und Urlaubsgeld. Diese Maßnahmen sind unter dem Aspekt der Motivation und Zufriedenheit eher kontraproduktiv.

Zum Stichwort Gesundheitsschutz fiel Engel vor allem eins ein: die neue Uniform. Im Landtag erklärte Engel wörtlich: **„Durch die Gestaltung neuer, moderner, funktionaler und komfortabler Uniformen wird zum Beispiel die Zahl von Erkältungen verringert.“**

Anmerkung der GdP: „Wer den aktuell hohen Krankenstand auf Erkältungskrankheiten reduziert, scheint die wirkliche Problematik noch nicht erkannt zu haben. 7500 Kolleginnen und Kollegen waren 2008 sechs Wochen und länger krankgeschrieben. Viele davon wegen Arbeitsüberlastung (Burn-out), Arbeitsverdichtung oder anderen physischen und psychischen Krankheitsbildern, nicht aber wegen Erkältungskrankheiten.“



## Wir sind die GdP

Seit Januar 2007 gibt es für Mülheim an der Ruhr und Essen nur noch eine Kreispolizeibehörde. Die Zusammenlegung beider Polizeipräsidien war politisch lange umstritten, ganz anders die der beiden bislang selbstständigen Kreisgruppen Essen und Mülheim an der Ruhr.

„Bei uns hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass es für die Beschäftigten nur gut sein kann, wenn es in einem Polizeipräsidium eine gemeinsame GdP-Kreisgruppe gibt,“ erläutert Hans-Joachim Eistermann, der gerade frisch gewählte Vorsitzende der neuen Kreisgruppe Essen/Mülheim. Nach einem erfolgreichen, gemeinsamen Personalratswahlkampf – die GdP-Fraktion stellt zwölf der 15 Mitglieder des Personalrats – und etlichen gemeinsamen Aktionen – von der Teilnahme an Demonstrationen im diesjährigen Tarifkampf bis zum Skatturnier – „war der Zusammenschluss nur die nächste logische Konsequenz“, meint Eistermann.

Von der nicht ganz 2000 Mitglieder starken neuen Kreisgruppe kommen etwa 1600 aus Essen, mehr als 300 aus Mülheim. Vorausgegangen war der formal am 24. September beschlossenen Fusion beider Kreisgruppen eine Mitgliederbefragung. Durch einen breit aufgestellten, fünfzehnköpfigen Vorstand soll die Arbeit auf möglichst viele Schultern verteilt werden. „Schließlich sollen die Mitglieder jeden Tag spüren, dass wir für sie da sind“, sagt der Kreisgruppenvorsitzende.



### GdP aktiv

**2. 11.**, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Gütersloh, Referent Frank Richter, Ehrung von Jubilaren, 14.30 Uhr, Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14 in Gütersloh

**9. 11.**, Jubilarehrung der Kreisgruppe Dortmund, ab 16.00 Uhr, Kantine des Polizeipräsidiums Dortmund

**10. 11.**, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Düren, 14.00 Uhr, Gaststätte Zur Alstadt, Steinweg 8, Düren

**18. 11.**, Vorstandswahlen der Kreisgruppe Unna, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Gaststätte Café und Bistro im Kurpark, Luisenstr., Unna

**19. 11.**, Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Dortmund, mit Wahlen, 14.30 Uhr, Signal-Iduna-Versicherung (gegenüber PP Dortmund), Saal 152

**23. 11.**, Pokerturnier der Jungen Gruppe der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 17.00 Uhr, Gaststätte Stammhaus Kaldenhoff, Aktienstr. 140, Essen. Anmeldung ab sofort im GdP-Büro Tel.: 02 01-8 29-24 80 oder j.brackmann@gdp-essen.de

**23. 11.**, Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Münster, 16.30 Uhr, Stadthaus II, Ludgeriplatz 4

**26. 11.**, Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 13.00 Uhr, Restaurant Vierjahreszeiten (Schützenhof), Dammstr., 58791 Werdohl

**26. 11.**, Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Bonn und des Sozialwerkes, 14.15 Uhr, im Polizeipräsidium, großer Sitzungssaal

### Landesfrauenkonferenz

## Bessere Aufstiegschancen

Noch vor den Senioren (Seite 6) und der Jungen Gruppe (Bericht folgt in der Dezember-Ausgabe) haben die Frauengruppen in der GdP am 7. Oktober ihren Landesgruppenvorstand gewählt. Mit Martina Filla (Vorsitzende), Kirsten Sawleski (stellvertretende Vorsitzende) und Elisabeth Schulte (Schriftführerin) wurden drei bekannte Vertreterinnen der Frauengruppe in ihrem Amt bestätigt. Auch bei den Beisitzern gab es nur wenige Veränderungen. Gewählt wurden Sonja Galatsch-Perrey (BV Düsseldorf), Helma Skiba (Köln), Nicole Jörßen (Arnsberg), Julie Janetzko (Detmold), Tina Bareither (Münster) und Yasemin Martin (Arnsberg). Stefanie Jeran (bislang stellvertretende Vorsitzende) und Beate Welschhoff hatten nicht erneut für den Landesfrauenvorstand kandidiert.

Genutzt habe die Vertreterinnen der Frauengruppen ihren Landesdelegiertentag zudem zu ausführlichen Diskussionen über die „Zukunft der Tarifbeschäftigten“, „Frauen und Karriere“ und „Work-Live-Balance“. Zu allen drei Themen gab es parallel eingerichtete Workshops.

In mehreren Anträgen haben sich die GdP-Frauen für bessere Aufstiegschancen von Frauen und für ein Ende des Personalabbaus bei der Polizei stark gemacht. Sie kritisieren, dass seit 2001 al-

lein im Tarifbereich 1500 Stellen bei der Polizei gestrichen worden sind. Der überwiegende Teil zulasten der Frauen.

Kritisiert haben die GdP-Frauen zudem die Benachteiligung der Tarifbeschäftigten beim Zugang zu Weiterbildung. Die GdP-Frauen fordern, dass das Innenministerium ein landesweites Personalentwicklungskonzept für den Tarifbereich vorlegt. Handlungsbedarf sehen die Frauen auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Erforderlich sei ein „positives Klima“ für Teilzeitarbeit bei der Polizei. Um Kindererziehung und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können, sollten Vollzeitstellen in Teilzeitstellen aufteilbar sein.



Gelöste Stimmung nach der Wahl



# Wechsel beim Seniorenvorsitz

Drei neue und sechs vertraute Gesichter hat der neu gewählte Landesseniorenvorstand der GdP: Als Nachfolger für den langjährigen Seniorenvorsitzenden Dieter Gier steht in den kommenden vier Jahren Anton Wiemers, 62, an der Spitze der GdP-Senioren. Wiemers, der viele Jahre erst Kreisgruppenvorsitzender, dann Personalratsvorsitzender in Höxter war, setzte sich bei der Wahl auf der Landesseniorenkonferenz am 13. Oktober in Münster gegen den früheren Vorsitzenden der Kreisgruppe Innenministerium, Dieter Becker, durch. Auch beim stellvertretenden Landesseniorenvorsitz gibt es einen Wechsel: Als Nachfolger für Klaus Dyba wählten die Delegierten Bernhard Heckenkemper, der als Beisitzer bereits Mitglied des bisherigen Landesseniorenvorstands war. Neu im Vorstand sind neben Anton Wiemers auch Helmut Plum (BV Köln) und Johannes Zimmermann (BV Münster). Schriftführer Klaus Böckmann und die bisherigen Beisitzer Helmut

Hinterkausen, Siegrun Barleben, Peter Linemannstons und Klaus Hecker wurden in ihrem Amt bestätigt. Manfred Luermann trat nicht erneut an.

Neben den Vorstandswahlen haben die Delegierten der Seniorengruppen in Münster auch ein Dutzend Anträge zur Senioren-

arbeit der kommenden vier Jahre beraten. Angenommen wurde ein Antrag, nachdem auch ehemalige Beschäftigte der Polizei die Möglichkeit bekommen sollen, Vollmitglied des GdP-Landesbezirks zu werden. Dazu muss die Landessatzung geändert werden.

## Die GdP gratuliert zum

### 90. Geburtstag

- 1. 11. Käthe Weßeler, Willich
- 2. 11. Gertrud Kratzer, Merzenich
- 3. 11. Richard Dürscheid,  
Bergisch-Gladbach  
Hilde Riesner, Sprockhövel
- 6. 11. Johanne Letmathe, Bad Salzuflen
- 7. 11. Elisabeth Schmitt, Eslohe
- 8. 11. Werner Leese, Duisburg
- 11. 11. Rosalinde Knopf, Minden
- 13. 11. Heinrich Garbe, Hamm  
Emil Gerling, Wuppertal  
Werner Voigt, Wipperfürth
- 14. 11. Johannes Eilert, Gelsenkirchen
- 16. 11. Elisabeth Wicher, Flörsbachtal
- 18. 11. Heinz Beckmann,  
Mönchengladbach
- 19. 11. Herbert Krzistetzko,  
Castrop-Rauxel
- 21. 11. Ruth Bohnes, Dülmen  
Grete Hünerlage, Bielefeld  
Gertrud Limper, Hopsten
- 26. 11. Heinz Alexander, Wuppertal  
Walter Kubillus, Duisburg  
Herbert Verbeeck, Köln
- 27. 11. Wienand Wierich, Düsseldorf
- 28. 11. Erika Karbach, Hagen  
Lieselotte Nachtigall, Oberhausen
- 30. 11. Karl Golde, Waldbröl

### 91. Geburtstag

- 6. 11. Eduard Wessiepe, Haan

### 92. Geburtstag

- 25. 11. Hildegard Wirtz, Essen

### 93. Geburtstag

- 6. 11. Martha Arndt, Büren

- 11. 11. Klaudia Feiler, Dortmund
- 21. 11. Heinz-Georg Titze, Neuss

### 94. Geburtstag

- 4. 11. Gustav Homann,  
Oer-Erkenschwick
- 24. 11. Hildegard Claßen,  
Mönchengladbach

### 95. Geburtstag

- 14. 11. Felix Blachowiak,  
Solingen
- 23. 11. Katharine Klosterhalfen,  
Bergheim  
Grete Schulte, Wuppertal
- 30. 11. Richard Donath,  
Kirchdorf a. d. Krems

### 96. Geburtstag

- 28. 11. Johanna Peters, Bad Honnef

### 97. Geburtstag

- 5. 11. Fritz Rakelbusch, Moers
- 17. 11. Ludowika Niß, Hagen

### 98. Geburtstag

- 11. 11. Mathilde Heitze, Hückeswagen

### 99. Geburtstag

- 5. 11. Käthe Glander, Dorsten
- 18. 11. Margarete Mundt, Mechernich
- 30. 11. Hildegard Holbeck, Köln

### 101. Geburtstag

- 6. 11. Agnes Schlüter, Vreden

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle:**  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)

**Redaktion:**  
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.), Konny Wolf  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-online.de](mailto:stephan.hegger@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32  
vom 1. April 2009

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe ist der 9. November.**

**GdP-Service GmbH NRW:**  
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-service-nw.de](http://www.gdp-service-nw.de)  
E-Mail: [penguin@gdp-service-nw.de](mailto:penguin@gdp-service-nw.de)



# Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüro**

in Kurzfassung - November 2009



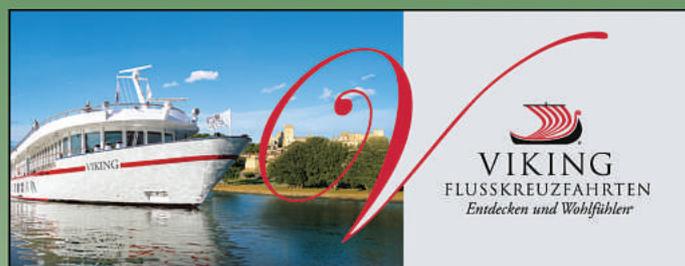
**Exklusiv für GdP-Mitglieder**

**20% Frühbucherrabatt**

**+ € 25,- Bordguthaben\* pro Person  
auf alle**

## Viking Flusskreuzfahrten 2010

\*gilt nur bei Buchung und Bezahlung bis 15.11.2009 auf den Kreuzfahrt- bzw. Einzelpreis ohne An-/Abreise. Nicht mit anderen Rabatten kombinierbar. Es gelten die allgemeinen Reisebedingungen des Katalogs "Flusskreuzfahrten 2010".



### **Rhein: 4 Tage Basel - Düsseldorf**

oder 5 Tage Düsseldorf - Basel

mit der *Viking Helvetia* inklusive Vollpension und Transfers

4 Tage pro Person statt z.B. ab € 549,-

schon ab **€ 440,-**

### **DONAU: 8 Tage Passau - Budapest - Passau**

mit der *Viking Primadonna* und *Viking Sky* inklusive Vollpension und Transfers

pro Person statt z.B. ab € 999,-

schon ab **€ 799,-**

### **RUSSLAND: 13 Tage Moskau - St.Petersburg**

oder St. Petersburg - Moskau

mit der *Viking Peterhof* inklusive Vollpension und Transfers

pro Person statt z.B. ab € 1.799,-

schon ab **€ 1.440,-**

Weitere Flusskreuzfahrten finden Sie im Viking-Katalog 2010, welchen wir Ihnen gerne auf Wunsch zusenden.

**GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf**

Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 [www.gdp-service-nw.de](http://www.gdp-service-nw.de) • [pinguin@gdp-service-nw.de](mailto:pinguin@gdp-service-nw.de)

**GdP INTERN**

# Senioren aktuell



**In Nordrhein-Westfalen gehört es zur Tradition, dass die meisten Polizeibeamten auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst der GdP die Treue halten. Weil der Landesbezirk NRW älter ist als andere Landesbezirke, gibt es hier auch mehr Mitglieder im hohen Alter als anderswo. Ein 100ster Geburtstag hat aber auch in der GdP Nordrhein-Westfalen Seltenheitswert. Bernhard Voß (Bild: fünfter von rechts) ist nicht nur seit 60 Jahren Mitglied der GdP, sondern seit dem 21. September auch 100 Jahre alt. Bis zu seiner Pensionierung im September 1969 war Voß Leiter der Reiterstaffel in Dortmund. Klar, dass die Kollegen bei der Gratulation an seinem Feiertag auch gleich zwei Polizeipferde mitgebracht haben.**

**Kreisgruppe Coesfeld**

24. November, Stammtisch mit den Themen „Straftaten zum Nachteil von Senioren“ und „Pflegeversicherung“, 14.30 Uhr, St.-Barbara-Haus, Kapellenweg 75, Dülmen

**Kreisgruppe Düsseldorf**

7. Dezember, Adventsfeier, 14.00 Uhr, M&M Bistro-Restaurant Zum Staufenplatz, Grafenberger Allee 405, Düsseldorf

**Kreisgruppe Ennepe-Ruhr**

2. Dezember, Nikolauskaffeetrinken mit Jubilarehrungen, Gaststätte Berghäuser Hof, Hattinger Str. 121, Schwelm. Anmeldung: Heveling, Tel.: 0 23 32/8 08 39

**Kreisgruppe Heinsberg**

3. November, Festveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen, 15.00 Uhr, Gaststätte Sodekamp-Dohmen, Hückelhoven-Hilferath, Breite Straße 3

**Kreisgruppe Köln**

19. November, Info-Veranstaltung und Vortrag „Gesunde Ernährung im Alter“, Kostenbeteiligung: 2,00 Euro, 14.00 Uhr, Pfarrhaus St. Georg, Köln

**Kreisgruppe AP Verkehr / Köln**

4. Dezember, Jahresabschlussfeier und Mitgliederehrung, 16.00 Uhr, Kanine Meurer, Gaedestr., Köln. Anmeldung: Heribert Wilden, Tel.: 02 21/2 29 64 55

**Kreisgruppe AP Münster**

27. November, Adventkaffeetrinken, Treffpunkt: 15.30 Uhr, Autobahnpolizei Münster, Hammer Str. 234, 48153 Münster

**Kreisgruppe Unna**

18. November, Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen, 15.00 Uhr, Gaststätte Café und Bistro im Kurpark, Luisenstr., Unna

## Werbeaktion 2009

### Glücksnummern des Monats

- 45 17072  
Wolfgang Erdmann, Märkischer Kreis
- 45 17575  
Jürgen Weber, Rhein.-Berg.-Kreis
- 45 17276  
Ernst Herget, Hagen
- 45 17381  
Peter Bauch-Schmidt, Dortmund

**Die Gewinner erhalten ein Carry Bag XS fleur anthrazit.**

## NACHRUF

Andresen, Helga	2. 4. 1920	Wuppertal	Kehrbaum, Hubert	30. 12. 1922	Duisburg
Bartels, Hermann	4. 12. 1915	Düsseldorf	Lamm, Luise	27. 5. 1910	Düsseldorf
Barthel, Udo	11. 3. 1958	Bonn	Link, Hermann	24. 6. 1948	Köln
Börke, Friedel	29. 6. 1937	Duisburg	Losch, Horst	4. 6. 1934	Wesel
Börsch, Maria	28. 6. 1920	Oberhausen	Meschede, Martin	9. 10. 1981	Märkischer Kreis
Bosten, Willi	15. 11. 1958	Heinsberg	Mikula, Karl	11. 12. 1921	Warendorf
Büchenschütz, Maria	18. 7. 1928	Rheinisch Bergischer Kreis	Müller, Johann Michael	23. 12. 1936	Euskirchen
Büttner, Egon	1. 6. 1921	Kleve	Neumann, Wilhelmine	3. 10. 1920	Soest
Cuypers, Helga	15. 10. 1933	Bielefeld	Nußbaum, Heinrich	22. 3. 1924	Minden-Lübbecke
Damm, Christa	14. 1. 1918	Köln	Richter, Anna	13. 4. 1920	Bottrop/Gladbeck
Dohle, Karl	16. 5. 1921	Leverkusen	Rütting, Friedrich	22. 12. 1921	Düsseldorf
Feldmann, Bernd	9. 3. 1954	Viersen	Sauer, Meta	10. 10. 1915	Ennepe-Ruhr
Franke, Hans	21. 3. 1918	Minden-Lübbecke	Schröder, Herta	13. 2. 1920	Dortmund
Frevert, Rüdiger	27. 1. 1953	Düsseldorf	Sistig, Johannes	9. 4. 1923	BZ Linnich
Giepmann, Johannes	4. 4. 1925	Essen/Mülheim	Spahn, Ferdinand	30. 12. 1912	IAF Selm
Gödde, Hans-Jürgen	12. 1. 1945	Recklinghausen	Stäcker, Günter	19. 6. 1943	Krefeld
Görgen, Georg	17. 8. 1930	Düren	van Oepen, Josef	6. 3. 1921	Autobahnpolizei Münster
Halfmann, Walter	2. 4. 1920	Autobahnpolizei Düsseldorf	Wefringhaus, Heinrich	16. 2. 1938	Recklinghausen
Hillenbrand, Franz	26. 11. 1915	Köln	Wolff, Hans Günter	25. 4. 1960	Autobahnpolizei/Verkehr Köln
Hupperich, Margot	23. 10. 1922	Düsseldorf	Wolski, Artur	22. 4. 1928	Köln
Jopke, Helmut	6. 7. 1923	Essen/Mülheim	Wrobelski, Herbert	27. 8. 1935	Bochum
Junker, Michael	21. 12. 1922	Aachen	Zdrojewski, Franz-Josef	17. 7. 1945	Recklinghausen

